



Protokoll

Referenz/Aktenzeichen: COO.2180.109.7.300166 / 924/2018/00002

Datum:	16. Dezember 2019
Für:	Mitglieder der beratenden Kommission / Cocosol sowie weitere Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender Auflistung

Protokoll der 15. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol vom 26. November 2019

Vorsitz:	Luzius Mader	Präsident Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz
Mitglieder:	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstellen
	Urs Allemann-Cafilisch	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
	Lisa Yolanda Hilafu	Präsidentin Zwangsadoption-Schweiz, Betroffene
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK)
	Christian Raetz	Leiter des «Bureau cantonal de médiation VD»
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
Ex officio:	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM (Nachmittag abwesend)
Protokoll:	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM

1. Begrüssung und Mitteilungen

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission zur heutigen Sitzung. Es sind alle anwesend; Reto Brand entschuldigt sich jedoch aufgrund anderweitiger dringlicher Geschäfte für den Nachmittag. Das Traktandum 4 (Selbsthilfeprojekte) wird deshalb vorgezogen und unter Traktandum 1 (Mitteilungen) behandelt.

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 22. Oktober 2019 wurde bereits auf dem Zirkularweg genehmigt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor ca. 14 Tagen an die Mitglieder versandt. Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten.

Der Präsident erinnert daran, dass das Schweizer Fernsehen für die geplante DOK-Sendung zum Thema der Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen (insbesondere die Wiedergutmachungsinitiative) anlässlich der heutigen Sitzung Filmaufnahmen mache. Diese würden vor der Mittagspause, d.h. von 11.30 bis ca. 12 Uhr erfolgen. Zur Veranschaulichung der Arbeit der beratenden Kommission würden im Beisein des SRF-Mitarbeiters vier Fälle diskutiert, ohne dass dabei Namen oder andere persönliche Daten genannt werden dürfen, die Rückschlüsse auf die Identität der gesuchstellenden Personen erlauben würden. Der Mitarbeiter sei im Übrigen zur absoluten Verschwiegenheit verpflichtet worden und es sei auch sichergestellt, dass später keine Filmaufnahmen gesendet würden, die nicht vorher vom Präsidenten visioniert und freigegeben worden sind.

Der Präsident erwähnt unter dem Titel Mitteilungen, dass am 14. November 2019 die Tagung der Schweizerischen Archivdirektorenkonferenz (ADK) zum Thema „Erinnerung – Recht & Pflicht“ stattgefunden habe. Barbara Studer dankt in diesem Zusammenhang in ihrer Funktion als Präsidentin der ADK Luzius Mader und Guido Fluri für ihre Referate anlässlich dieser Tagung. Die Beiträge sämtlicher Referierenden würden nächstes Jahr publiziert. Laetitia Bernard weist darauf hin, dass der Service de l'Enfance et Jeunesse in Fribourg mit der Referentin Anne-Françoise Praz (Mitglied der Unabhängigen Expertenkommission UEK) eine weitere Zusammenarbeit plane.

Der Präsident weist im Weiteren darauf hin, dass am 23. November 2019 in der Diözese Fribourg ein Gedenk Anlass für Opfer von sexuellem Missbrauch im kirchlichen Umfeld stattgefunden hat. Dies betrifft eine Thematik ausserhalb der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen, in zeitlicher Hinsicht laufen die Aufarbeitungen aber teilweise parallel. Finanzielle Leistungen für Opfer von sexuellem Missbrauch im kirchlichen Umfeld können im Übrigen mit den finanziellen Leistungen im Rahmen der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen kumuliert werden.

Urs Allemann erwähnt, dass das Seraphische Liebeswerk am 28./29. September 2019 sein 100-jähriges Bestehen gefeiert habe. Lisa Hilafu weist darauf hin, dass das Seraphische Liebeswerk gerade in der Region Solothurn für viele Zwangsadoptionen (mit)verantwortlich gewesen sei. Auch der Präsident hält fest, dass die Wirklichkeit differenzierter sei, als man glaube. In vielen Fällen hätten beim Seraphischen Liebeswerk sicherlich gute Absichten bestanden, aber häufig habe es sich eben auch um ein Tätigwerden aus einem fehlgeleiteten Altruismus heraus gehandelt.

Christian Raetz informiert, dass im Kanton Waadt eine Petition eingereicht wurde, wonach die Arbeiten der UEK auch auf die Zeit nach 1981 ausgedehnt werden solle. Der Präsident ergänzt diesbezüglich, dass das NFP 76 mit diesem Anliegen ebenfalls konfrontiert worden sei.

Lisa Hilafu weist auf eine Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) hin, welche zum Ziel hat, die Lebensgeschichten von in der Schweiz adoptierten

Menschen im Zeitraum von 1940 bis 2000 aufzuarbeiten. Heute finde hierzu eine Informationsveranstaltung in Zürich statt.

Laetitia Bernard informiert über eine Tagung von ATD Quart Monde, welche am 23./24. November 2019 stattgefunden habe. Dabei seien verschiedene Aspekte der Armut beleuchtet worden.

In Bezug auf das vorgezogene Traktandum 4 informiert Reto Brand über den Stand der Selbsthilfeprojekte. Generell würden die Selbsthilfeprojekte künftig – nachdem die Bearbeitung der Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag nun praktisch beendet sei – wieder verstärkt in den Fokus rücken. Bei vielen laufenden Projekten müsse u.a. beim Budget im direkten Gespräch mit den Projektverantwortlichen häufig nach realistischeren Lösungen gesucht werden, damit die Projekte bewilligt werden könnten. Bei Projekten, die eine vergleichbare Zielsetzung haben wie ein anderes, bereits bestehendes, stelle sich auch immer wieder die Frage, ob eine inhaltliche Koordination und Zusammenarbeit möglich sei. Im Weiteren sei zu erwähnen, dass die bisherigen Kredite stets ausgeschöpft wurden, so dass neue Projekte zurückgestellt werden mussten. Gegenwärtig seien Bestrebungen des Parlaments im Gang, um die Kredite zu erhöhen; bis Mitte Dezember 2019 sollte diesbezüglich mehr Klarheit herrschen.

Reto Brand informiert über folgende parlamentarische Vorstösse:

- Parlamentarische Initiative 19.476 der Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates¹ (SGK-S) betreffend Nicht-Anrechnung des Solidaritätsbeitrages an das Vermögen bei der Berechnung der Ergänzungsleistungen (EL): Am 27. November 2019 wird hierzu der Bundesrat Stellung nehmen. Voraussichtlich wird dieses Geschäft dann von beiden Räten parallel im Dringlichkeitsverfahren in der Wintersession beraten; eine Annahme der Vorlage erscheint aus heutiger Sicht wahrscheinlich. Nach unbenutztem Ablauf der 100-tägigen Referendumsfrist könnte die entsprechende Gesetzesänderung voraussichtlich schon im März/April 2020 in Kraft treten. Das Merkblatt des BJ, welches jeweils den positiven Verfügungen beigelegt wird, wird entsprechend angepasst bzw. ergänzt. Diese Gesetzesänderung wird jedoch nur für Opfer von Fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 gelten. Für Opfer nach Opferhilfegesetz wird es nach wie vor keine entsprechende Regelung geben; eine rechtliche Ungleichbehandlung mit diesen Opfern bleibt also bzw. wird dadurch wieder geschaffen.
- Parlamentarische Initiative 19.471 von Ständerat Raphael Comte² betreffend Verlängerung der Frist zur Einreichung von Gesuchen um einen Solidaritätsbeitrag: Inzwischen hat auch die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates mit grossem Mehr (20:2:0 Stimmen) dem Geschäft zugestimmt. Die federführende Rechtskommission des Ständerates hat nun der Verwaltung den Auftrag erteilt, einen Revisionsentwurf und einen erläuternden Bericht zu erarbeiten. Das Geschäft dürfte voraussichtlich Anfang 2020 wieder in die Kommission kommen, möglich erscheint derzeit überdies eine Behandlung in den Räten bereits in der Frühjahrssession 2020.
- Barbara Studer stellt in diesem Zusammenhang die Frage, was die Archive den betroffenen Personen kommunizieren sollen. Gemäss Reto Brand gilt Folgendes: Gesuche, die jetzt noch beim Bundesamt für Justiz eingereicht werden, müssen aufgrund der aktuell geltenden Rechtsgrundlage bearbeitet werden. Das heisst, nur wenn die betroffene Person nachweisen kann, dass sie aus wichtigen Gründe unverschuldet davon abgehalten wurde, das Gesuch rechtzeitig (vor dem 31. März 2018) einzureichen, kann die Einrei-

¹ Weitere Informationen: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20190476>

² Weitere Informationen: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20190471>

chefrist nach Artikel 24 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes ausnahmsweise wiederhergestellt und das Gesuch um einen Solidaritätsbeitrag geprüft werden. Können hingegen keine ausreichenden Hinderungsgründe geltend gemacht werden, so können neue Gesuche vom BJ erst dann behandelt werden, wenn das Parlament die Gesetzesrevision tatsächlich beschlossen hat und diese in Kraft getreten ist. Reto Brand weist darauf hin, dass auch die Anlaufstellen und die SODK am Anlaufstellentreffen vom 12. Dezember 2019 entsprechend informiert werden sollen. Gemäss Reto Brand sei es sehr schwierig abzuschätzen, mit wie vielen Gesuchen gerechnet werden müsse, falls die Frist aufgehoben bzw. verlängert werde.

Die beratende Kommission diskutiert diese parlamentarischen Vorstösse. Der Präsident hält jedoch fest, dass die Diskussion von politischen Vorstössen nicht Kernaufgabe der beratenden Kommission und deshalb dazu nicht Stellung zu nehmen sei. Es stelle sich aber die Frage, was die allfällige Verlängerung bzw. Aufhebung der Einreichfrist für Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag für die weitere Arbeit der beratenden Kommission bedeuten würde. Für den Fall, dass diese Frist verlängert oder gar aufgehoben werden und die beratende Kommission weiterbestehen sollte, gibt der Präsident bekannt, dass er voraussichtlich ab Sommer 2020 der beratenden Kommission in dieser Funktion nicht mehr zur Verfügung stehen werde.

2. Diskussion von Einzelfalldossiers, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung oder ein Nichteintreten vorsieht bzw. von Grenzfällen

Der Präsident hält in Bezug auf die seit der letzten Sitzung versandten Monatslisten mit vorgesehenen Gutheissungen und klaren Nichteintretensfällen fest, dass in Bezug auf die Oktober-Listen 2019 keine Einwände seitens der Kommissionsmitglieder eingetroffen seien.

Bei den letzten Kommissionssitzungen gab es noch 7 Gesuche, die nicht abschliessend behandelt werden konnten, weil noch Informationen beschafft bzw. Abklärungen getätigt werden mussten. Der Fachbereich FSZM informiert darüber, dass in vier Fällen die Zusatzabklärungen noch nicht abgeschlossen seien. Drei Gesuche werden anlässlich der heutigen Sitzung von der beratenden Kommission nochmals diskutiert und schliesslich zur Gutheissung empfohlen.

Für die heutige Sitzung wurden der beratenden Kommission insgesamt 17 weitere Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung (15 Fälle) bzw. eine Diskussion von Grenzfällen (2 Fälle) vorschlägt. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission:

- 5 Gesuche gutzuheissen;
- 10 Gesuche abzuweisen;
- die Behandlung von 2 Gesuchen zu verschieben, bis weitere Abklärungen erfolgt sind.

Die Diskussionen betreffend vier Gesuche werden vor dem Mittag in Anwesenheit des Mitarbeiters von SRF geführt (vgl. auch Traktandum 1).

3. Stand der vom Fachbereich FSZM vorgeprüften bzw. von der beratenden Kommission behandelten Gesuche

Der Präsident orientiert, dass bis zur letzten Sitzung vom 22. Oktober 2019 von der beratenden Kommission insgesamt 8093 Gesuche geprüft worden seien.

Gestützt auf die entsprechende Monatsliste Oktober 2019 seien auf dem Zirkularweg insgesamt 433 weitere Gesuche, bei denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung vorsah, behandelt worden.

Hinzu würden 15 Fälle kommen, bei denen auf das Gesuch klarerweise nicht eingetreten werden könne, weil die geltend gemachten Massnahmen erst nach 1981 veranlasst und vollzogen worden seien bzw. offensichtlich keinerlei Massnahme im Sinne des Gesetzes vorlägen und somit das Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG) nicht anwendbar sei. Diese Fälle seien von der beratenden Kommission ebenfalls auf dem Zirkularweg geprüft worden (vgl. entsprechende Monatsliste Oktober 2019).

Für die heutige Sitzung seien 17 Gesuche traktandiert worden (vgl. Ziff. 2.d).

Der aktuelle Stand der von der beratenden Kommission bis heute behandelten Gesuche betrage nunmehr total 8558 Gesuche.

Überdies seien zum heutigen Zeitpunkt bereits wieder rund 210 weitere Gesuche auf der November-Liste, bei denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung vorsehe. Diese Liste werde anfangs Dezember 2019 an die Kommissionsmitglieder zur Behandlung auf dem Zirkularweg versendet.

4. Selbsthilfe-Projekte

Siehe Ausführungen unter Mitteilungen.

5. Verschiedenes

Die nächste und letzte Sitzung der beratenden Kommission in diesem Jahr findet am Mittwoch, 18. Dezember 2019, ab 9.30 Uhr, im BJ statt.

Der Präsident dankt allen Mitgliedern für die aktive Teilnahme und die konstruktive Zusammenarbeit an der heutigen Sitzung. Er schliesst diese um 15 Uhr.



Procès-verbal

Référence / Numéro de dossier : COO.2180.109.7.300166 / 924/2018/00002

Date :	16 décembre 2019
Destinataires :	Membres de la Cocosol et autres participants à la séance mentionnés ci-dessous

Procès-verbal de la 15^e séance de la commission consultative (Cocosol) du 26 novembre 2019

Présidence :	Luzius Mader	Président Ancien délégué du DFJP aux victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance et ancien directeur suppléant de l'OFJ
Membres :	Elsbeth Aeschlimann	Ancienne représentante des points de contact cantonaux
	Urs Allemann-Cafilisch	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée
	Laetitia Bernard	Collaboratrice du centre de consultation LAVI du canton de Fribourg, ancienne membre du comité du fonds d'aide immédiate
	Guido Fluri	Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée
	Lisa Yolanda Hilafu	Présidente de Zwangsadoption-Schweiz, personne concernée
	Barbara Studer Immenhauser	Archiviste cantonale du canton de Berne et présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA)
	Christian Raetz	Chef du Bureau cantonal de médiation du canton de Vaud
	Maria Luisa Zürcher	Ancienne membre du comité du fonds d'aide immédiate
Ex officio :	Reto Brand	OFJ / chef de l'unité MCFA (absent l'après-midi)
Procès-verbal :	Simone Anrig	OFJ / unité MCFA

1. Accueil et informations générales

Le président ouvre la séance à 10 heures et souhaite la bienvenue aux membres de la commission consultative. La commission est au complet. Reto Brand, pris par d'autres affaires urgentes, sera absent l'après-midi, raison pour laquelle le point 4 de l'ordre du jour (projets d'entraide) est avancé et traité sous le point 1 (informations générales).

Le procès-verbal de la séance de la commission du 22 octobre 2019 a été approuvé par voie de circulaire.

Les documents de la séance ont été envoyés aux membres environ deux semaines plus tôt. Tous semblent les avoir reçus en temps voulu.

Le président rappelle que la télévision suisse alémanique filmara quelques séquences, au cours de la séance, pour un documentaire consacré au travail de mémoire mené en lien avec les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux (et portant plus spécifiquement sur l'initiative sur la réparation). La télévision sera présente avant la pause de midi, entre 11h30 et midi environ. Pour illustrer le travail de la commission consultative, quatre dossiers seront discutés en présence d'un collaborateur de la télévision suisse alémanique ; aucun nom ni donnée personnelle permettant de trouver l'identité de la personne concernée ne devront être mentionnés. Le journaliste est tenu à la discrétion et il a été convenu que les prises de vue ne pourront être diffusées que si le président les a visionnées et a donné son feu vert.

Le président mentionne que la journée « Devoir de mémoire » organisée par la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA) a eu lieu le 14 novembre 2019. Barbara Studer remercie, en sa qualité de présidente de la CDA, Luzius Mader et Guido Fluri pour leurs exposés. Les contributions de tous les intervenants seront publiées l'année prochaine. Laetitia Bernard fait savoir que le Service de l'enfance et de la jeunesse de Fribourg a l'intention de lancer un projet commun avec l'une des conférencières, Anne-Françoise Praz (membre de la commission indépendante d'experts CIE).

Le président signale par ailleurs que le diocèse de Fribourg a organisé le 23 novembre 2019 une journée de mémoire pour les victimes d'abus sexuels dans l'Eglise. Cette thématique n'est pas liée aux mesures de coercition à des fins d'assistance ni aux placements extrafamiliaux, mais un travail de mémoire a lieu parallèlement dans les deux domaines. La compensation financière accordée aux victimes d'abus sexuels commis dans l'Eglise peut d'ailleurs être cumulée avec la contribution de solidarité.

Urs Allemann mentionne que l'association Seraphisches Liebeswerk a fêté les 28 et 29 septembre 2019 ses 100 ans d'existence. Lisa Hilafu fait remarquer que cette association a justement été (co)responsable de nombreuses adoptions forcées dans la région de Soleure. Le président souligne que la réalité est souvent plus nuancée ; dans de nombreux cas, l'association est sûrement partie de bonnes intentions, mais ses actions se sont aussi souvent fondées sur un altruisme déplacé.

Christian Raetz fait état du dépôt d'une pétition, dans le canton de Vaud, qui demande que les travaux de la CIE soient étendus à la période postérieure à 1981. Le président précise qu'une proposition analogue a été formulée au sujet du PNR 76.

Lisa Hilafu mentionne une étude de la Haute école des sciences appliquées (ZHAW) de Zurich qui portera sur la biographie de personnes qui ont été adoptées en Suisse entre 1940 et 2000. Une présentation de l'étude a lieu le jour même à Zurich.

Laetitia Bernard fournit des informations sur une manifestation organisée par ATD Quart Monde les 23 et 24 novembre 2019, qui a thématisé différents aspects de la pauvreté.

S'agissant du point 4 de l'ordre du jour qui a été avancé, Reto Brand informe que les projets d'entraide vont se retrouver sur le devant de la scène maintenant que le traitement des demandes visant à l'octroi d'une contribution de solidarité est sur le point de s'achever. Des solutions plus réalistes doivent être trouvées, concernant notamment le budget, pour que les projets d'entraide puissent être acceptés. Des discussions sont alors menées avec les responsables de projet. Autre cas de figure : lorsqu'un nouveau projet poursuit un objectif analogue à un projet existant, l'unité cherche à voir si une coordination et une collaboration sont envisageables. Reto Brand précise que les crédits disponibles ont jusqu'à présent toujours été utilisés et que les nouveaux projets ont dès lors dû être repoussés. Des interventions demandant l'augmentation des crédits ont été déposées au Parlement ; la situation devrait se clarifier vers la mi-décembre 2019.

Reto Brand fait le point sur les initiatives parlementaires suivantes :

- initiative parlementaire 19.476 de la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil des États (CSSS-E)¹ demandant que la contribution de solidarité ne soit pas prise en compte en tant qu'élément de la fortune lors du calcul des prestations complémentaires : le Conseil fédéral prendra position le 27 novembre 2019. Si l'urgence est accordée, le dossier sera traité en parallèle dans les deux conseils durant la session d'hiver ; il est vraisemblable que le projet sera adopté. La modification de loi pourrait déjà entrer en vigueur en mars/avril 2020, à l'expiration du délai référendaire de 100 jours en l'absence de référendum. La notice de l'OFJ qui est jointe aux décisions concluant au versement d'une contribution de solidarité sera complétée en ce sens. La modification de loi ne s'appliquera qu'aux victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance et de placements extrafamiliaux antérieurs à 1981, et non aux victimes au sens de la loi sur l'aide aux victimes, ce qui crée ou recrée une inégalité de traitement.
- initiative parlementaire 19.471 du député aux États Raphaël Comte² demandant la prolongation du délai de dépôt des demandes de contribution de solidarité : entre-temps, la Commission des affaires juridiques du Conseil des États (CAJ-E) a donné suite à l'initiative à une très large majorité (20 voix contre 2 sans abstention). La CAJ-E a chargé l'administration d'élaborer un projet de loi et un rapport explicatif. Il est probable qu'elle traite le dossier début 2020 et que les Chambres en délibèrent dès la session de printemps 2020.
- Barbara Studer demande ce que les archives doivent communiquer aux personnes concernées dans ces circonstances. Reto Brand résume la situation : les demandes qui parviennent actuellement à l'OFJ doivent être traitées selon le droit en vigueur. En d'autres termes, ce n'est que si la personne concernée peut prouver qu'elle a été dans l'impossibilité de déposer la demande dans le délai (avant le 31 mars 2018) pour des motifs impératifs qui ne lui sont pas imputables que le délai peut être restitué exceptionnellement, en vertu de l'art. 24 de la loi fédérale sur la procédure administrative, et que la demande d'octroi d'une contribution de solidarité peut être examinée. Si les motifs justifiant l'empêchement ne sont pas suffisants, l'OFJ ne pourra traiter ces nouvelles demandes qu'une fois que le Parlement aura adopté la révision de loi et que celle-ci sera entrée en vigueur. Reto Brand signale que les points de contact et la CDAS seront informés en ce sens lors de la rencontre du 12 décembre 2019. Il relève qu'il est très difficile d'estimer combien de demandes seront encore déposées si le délai de remise est supprimé ou prolongé.

¹ Pour de plus amples informations : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20190476>

² Pour de plus amples informations : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20190471>

La commission discute ces interventions parlementaires. Le président fait remarquer que la discussion d'interventions parlementaires ne fait pas partie des tâches de la commission consultative et qu'elle ne doit de ce fait pas prendre position. Il faut en revanche se demander quelles conséquences aura la prolongation ou la suppression du délai pour la commission consultative : le président signale qu'il ne pense pas assumer la fonction de président au-delà de l'été 2020 en cas de prolongation ou de suppression du délai, si la commission continue d'exister.

2. Discussion de dossiers individuels pour lesquels l'unité MCFA propose un rejet ou une non-entrée en matière et de cas limites

S'agissant de la liste d'octobre, envoyée après la dernière séance et comprenant les demandes à approuver et celles jugées irrecevables, le président relève qu'aucun membre de la commission n'a opposé d'objection.

À l'issue des dernières séances de commission, il restait encore 7 demandes qui n'avaient pas pu être traitées définitivement faute d'informations suffisantes. L'unité MCFA signale que les vérifications sont encore en cours dans 4 cas. La commission rediscute les 3 autres demandes qui lui sont soumises et recommande de les accepter.

17 demandes ont été soumises à la commission aujourd'hui. L'unité MCFA propose un rejet dans 15 cas et soumet à la discussion 2 cas limites. Après une discussion minutieuse de chacun des dossiers, la commission émet la recommandation suivante :

- approbation de 5 demandes ;
- rejet de 10 demandes ;
- renvoi de 2 demandes en attendant des éclaircissements.

La discussion de 4 demandes, menée avant la pause de midi, est suivie par un collaborateur de la télévision suisse alémanique (voir le point 1).

3. État des demandes pré-examinées par l'unité MCFA et traitées par la commission consultative

Le président informe que la commission consultative avait examiné 8093 demandes au 22 octobre 2019, date de la dernière séance.

433 autres demandes considérées par l'unité MCFA comme méritant approbation et énumérées sur la liste d'octobre 2019 ont depuis été traitées par voie de circulaire.

À ces chiffres s'ajoutent 15 demandes qui étaient clairement irrecevables parce que leurs auteurs invoquaient des mesures ordonnées et exécutées après 1981 ou ne faisaient pas valoir de mesures au sens de la loi fédérale sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 (LMCFA) et que celle-ci n'était par conséquent pas applicable. Ces dossiers ont également été soumis à l'examen de la commission par voie de circulaire (voir la liste d'octobre 2019).

17 demandes figurent à l'ordre du jour de la séance d'aujourd'hui (voir le ch. 2).

Le total des demandes traitées par la commission s'élève donc désormais à 8558.

Par ailleurs, près de 210 demandes que l'unité MCFA propose d'accepter figurent à l'heure actuelle sur la liste de novembre, qui sera envoyée aux membres de la commission début décembre pour traitement par voie de circulaire.

4. Projets d'entraide

Voir les informations données à ce sujet sous le ch. 1.

5. Divers

La prochaine séance de la commission consultative – qui sera également la dernière de l'année – aura lieu le mercredi 18 décembre 2019, à partir de 9h30, à l'OFJ.

Le président remercie tous les membres de la commission pour leur participation active et leur collaboration constructive et clôt la séance à 15h.